

(A) Ich habe den Eindruck, dass Sie mich da falsch verstanden haben!

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Dr. Scherf: Sie wollten doch eben von mir eine Liste von Bremer Unternehmen haben, die wir einbeziehen wollen. Darauf habe ich gesagt, eigentlich wollen wir niemanden ausschließen, und jetzt sprechen Sie von einem Ideenwettbewerb.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, das war die Frage, die ich vorher gestellt hatte, die greife ich jetzt noch einmal auf.

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Dr. Scherf: Frau Stahmann, dazu gehören auch Ideenwettbewerbe. Wir sind da wirklich nicht auf einer Position, auf der wir meinen, wir hätten das alles neu erfunden. Wir versuchen, das, was in unserer Möglichkeit steht, zu erreichen, damit das nicht an diesem Land Freie Hansestadt Bremen vorbeigeht. Da ist uns eigentlich jeder recht. Wir sind da nicht borniert, hoffentlich nicht, jedenfalls möchten wir das im Senat nicht sein.

(B) **Präsident Weber:** Eine weitere Zusatzfrage vom Abgeordneten Jäger! – Bitte sehr!

Abg. **Jäger** (CDU): Herr Bürgermeister, sind Sie nicht auch der Auffassung, dass trotz der Anzahl der ja vielfältig vorhandenen Eigeninitiativen der bremischen Verwaltung und auch von Firmen das Ziel möglicherweise nicht erreicht werden kann, möglichst viele Bürger an das Internet zu bekommen und damit auch die Medienkompetenz erweitern zu lassen, solange wir in Deutschland keine günstigen und preistransparenten Zugänge zum Internet haben, wie zum Beispiel Flatrates et cetera?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Dr. Scherf: Das ist auch ein Problem! Es gibt in diesem großen Komplex viele Ecken, über die wir noch beraten müssen und an denen wir noch vorbeimüssen. Ich glaube, es wäre hilfreich, wenn wir die Zugänge zum Internet günstiger machen. Aber auch da spüre ich, dass das in Bewegung ist. Das ist nicht alles entschieden.

Vergleichen Sie einmal die Preise für die PC! Als ich angefangen habe, überhaupt das erste Mal in meinem Leben einen PC angeschaut und mir überlegt habe, was das kostet – das war vor ungefähr 23 Jahren, wir wollten damit im Finanzressort anfangen –, waren die PC viel teurer als jetzt. Der Markt

ist da so lebendig und so dynamisch, dass wir davon profitieren werden. Die Preise gehen herunter, da bin ich ganz sicher, und das wird auch für das Internet und den Internetzugang so sein. Natürlich wird das helfen, Herr Jäger, das ist ganz klar.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Jäger** (CDU): Herr Bürgermeister, aus der Erkenntnis heraus, dass die Zugangskosten zum Internet so hoch sind und es nicht von Gott gegeben ist, dass diese Preise gesenkt werden, unterstützen Sie dahingehend die Bundesregierung, und sind Sie da entsprechend bereit, auch tatkräftig mitzuhelfen, für eine weitere Deregulierung zu sorgen, Stichwort: Deutsche Telekom?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Dr. Scherf: Das ist ein kompliziertes Thema! Ich weiß, dass dazu immer mehrere Seelen in uns allen sind. Ich rate da zu einem behutsamen Vorgehen. Ich will einmal ausweichen: Bei der Post gibt es genau die gleiche Problematik. Fragen Sie einmal in Ihrer CDU-Fraktion den Kollegen Hattig, warum er davor warnt, dass wir mit einer aggressiven Deregulierungspolitik die Post platt machen! Man muss also auch bei der Telekom das eine mit dem anderen intelligent verbinden. Ich habe kein Interesse, dass die Telekom zusammenbricht, aber ich möchte natürlich gern, dass dort niemand ausgeschlossen wird. Bei diesem Procedere, genau wie bei der Post, müssen wir behutsam unsere Standortinteressen wahrnehmen. Ich sehe da keine Patentrezepte, sondern eigentlich nur kluges und auf beiden Seiten aufmerksames Verhandeln.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage befasst sich mit dem Thema „**Mehr freie Software in Bremens Verwaltung**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die Initiative des Medienausschusses des Deutschen Bundestages, künftig in Bundesverwaltungen aus Sicherheitsgründen auf Microsoft-Produkte zu verzichten und ausschließlich freie Software einzusetzen?

Zweitens: Teilt der Senat die Auffassung, dass diese Initiative Vorbild für Bremer Verwaltungen sein könnte?

Drittens: Beeinflusst der bestehende Rahmenvertrag zwischen der Firma Microsoft und dem Land

(C)

(D)

- (A) Bremen Entscheidungen zugunsten eines verstärkten Einsatzes von Open-Source-Software in der Bremer Verwaltung?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Bürgermeister Perschau.

Bürgermeister Perschau: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Der Senat beobachtet die verschiedenen Initiativen zur Förderung freier Software, auch Open-Source-Software genannt, mit Aufmerksamkeit. Neben der Kostenersparnis wird zunehmend auch das Argument der erhöhten Sicherheit als Grund für die Forderung angeführt, mehr oder sogar ausschließlich freie Software einzusetzen.

Der Senat geht zurzeit davon aus, dass Open-Source-Software – Frau Abgeordnete, wir reden ja nicht zum ersten Mal darüber – nur in Teilbereichen eine Alternative zu Microsoft-Produkten ist. Am Arbeitsplatz wird sich nicht viel an der Dominanz der Microsoft-Office-Produkte und Windows-Betriebssysteme ändern, da es sich dabei um in der Praxis erprobte und bewährte Produkte handelt, die im Übrigen eine ausgeprägte Nutzerakzeptanz haben, unsere Mitarbeiter sind sehr daran gewöhnt. Ein Umstieg führt zu hohen Schulungs- und Einarbeitungskosten, die in die Betrachtung einzubeziehen sind.

- (B) Eher erscheint ein Einsatz von Open-Source-Software bei Servern möglich. Die Server dienen für bestimmte Dienstleistungen, zum Beispiel dem Versenden von E-Mails, als Datenbankrechner, als Speicher für Dateien und als Druckserver und andere Aufgaben in der IT-Infrastruktur der bremischen Verwaltung.

Zu Frage zwei: Beim künftigen Aufbau eines gemeinsamen Verzeichnisdienstes für die gesamte bremische Verwaltung wird der Senat die Offenheit gegenüber Open-Source-Produkten fördern. Er wird prüfen, wo Microsoft- und Open-Source-Produkte miteinander kompatibel sind, und auch konkrete Einsatzmöglichkeiten für Open-Source-Software nennen.

Es ist jedoch darauf hinzuweisen, Frau Abgeordnete, dass Open-Source-Software nicht generell sicherer ist als Microsoft-Software. Dies wäre nur dann der Fall, wenn jeder Anwender bei der Installation den Quellcode genau prüft. Solche Prüfungen durch besondere Stellen dauern erfahrungsgemäß lange, sind mit hohen Kosten verbunden und kommen nur in besonderen Fällen für Open-Source-Software in Frage, zum Beispiel bei besonders sicherheitskritischer Software.

Auch für Computerviren gilt im Übrigen: Sobald Open-Source-Software eine gewisse Verbreitung gefunden hat, werden auch ihre Nutzer Opfer von entsprechenden Attacken werden, wenn sie nicht ver-

- gleichbare Gegenmaßnahmen treffen, wie dies bei Microsoft-Produkten nötig ist. (C)

Zu Frage drei: Der bestehende Rahmenvertrag zwischen der Firma Microsoft und dem Land Bremen enthält keine Regelung über den Einsatz bestimmter Softwareprodukte. Über den Einsatz von Open-Source-Software in der Bremer Verwaltung ist jeweils im Einzelfall zu entscheiden. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Frau Kollegin? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Plant der Bremer Senat ein Modellprojekt? Der Medienausschuss legt das ja den Bundesverwaltungen vor, das auch im Anwendungsbereich modellhaft zu erproben. Herr Senator Perschau, es gibt dort auch Möglichkeiten, die Seiten dann entsprechend anzupassen. Es sieht dann auch nicht so anders aus wie zum Beispiel in Windows. Das ist eine technische Debatte, die ich mit Ihnen jetzt auch nicht führen möchte. Plant der Senat zumindest einmal einen Modellversuch?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

- (D) **Bürgermeister Perschau:** Nein, wir planen keinen solchen Modellversuch. Wir arbeiten in dem Sinne daran, wie ich es eben beschrieben habe, für bestimmte Spezialanwendungen Open-Source-Software zu verwenden. Eine generelle Einführung halte ich aber für ungewöhnlich abwegig, denn wenn Sie Kompatibles schaffen wollen, können Sie nicht einfach in den Bereich gehen, der am allerwenigsten geprüft wird. Wenn wir dies für unsere Verwaltungen machen, die ja auch in großen Netzwerken arbeiten, dann erhöhen wir einfach die Risikofaktoren, und ich glaube nicht, dass das klug ist.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage ist überschrieben mit „**Familienpflegerin**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Arnold-Cramer, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele Institutionen im Land Bremen gibt es, die vorübergehende Hilfen einer Familienpflegerin, meistens bei Krankheit der Mutter, vermitteln?

Zweitens: Wie hoch war im Jahr 2000 und im ersten Halbjahr 2001 die Nachfrage, und wie viele Hilfesuche mussten aus welchen Gründen abgelehnt werden?